



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

### **Dem Fachkräftemangel im öffentlichen Verkehr effektiv entgegenwirken**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die mit dem Landesnahverkehrsplan und den regionalen Nahverkehrsplänen auf kommunaler Ebene beschlossenen Ziele zum Ausbau des ÖPNV erhebliche Herausforderungen für die Gewinnung des dafür erforderlichen Fachpersonals darstellt. Ohne ausreichend Personal in Bussen und Bahnen kann die angestrebte Erhöhung der Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr nicht gelingen.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher, unter Beteiligung der relevanten Akteure ein Konzept für Aus- und Fortbildungen vorzulegen mit dem Ziel, dem Fachkräftemangel im öffentlichen Verkehr entgegenzuwirken.

Verkehrsverträge beinhalten derzeit oft keine bzw. nicht ausreichende, dem Bedarf der Verkehrswende entsprechenden Ausbildungskapazitäten. Der Landtag begrüßt, dass die aktuellen Ausschreibungen der NAH.SH Vorgaben enthalten, nach denen die Ausbildungskapazitäten bis Ende der Vertragslaufzeit vorgehalten werden müssen und über Bedarf ausgebildet werden muss. Dieses Vorgehen soll zum Standard für Verkehrsverträge werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, in Absprache mit den derzeitig beauftragten Verkehrsunternehmen zu prüfen, wie unabhängig von geltenden Verkehrsverträgen zusätzliche Ausbildungskapazitäten bei den Unternehmen bereitgestellt werden können. Weiterhin bittet der Landtag die Landesregierung, die Ausbildungsinhalte bei Fahrausbildung und Berufskraftfahrerausbildung zu evaluieren und stärker zu bündeln und somit die Ausbildungszeit bei gleichbleibenden Standards der Prüfungen zu reduzieren. Zudem soll geprüft werden, ob die Führerscheinkurse in mehr Sprachen als bislang angeboten werden können.

Der Landtag bittet die Landesregierung Vorschläge zu erarbeiten, um die Tätigkeit des Bus- oder Bahnpersonals familienfreundlicher zu gestalten und die Kinderbetreuung zu verbessern, beispielsweise durch Sonderkooperationen mit

Kindertageseinrichtungen, die über besonders frühe und späte Öffnungszeiten verfügen.

Der Landtag bittet die Landesregierung weiter zu prüfen, ob die Kapazitäten für Prüfungen zur Ausbildung als Berufskraftfahrer und Berufskraftfahrerin ausgeweitet werden sollten.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von Busfahrern und Busfahrerinnen auf die Liste der bundesweiten Mangelberufe einzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, das Mindestalter für Busfahrer und Busfahrerinnen generell auf 21 Jahre abzusenken, sodass die Ausbildung bereits mit 18 Jahren begonnen werden kann.

Begründung:

Der Fachkräftemangel führt bereits jetzt zu Ausfällen im Bus- und Bahnbetrieb. Schleswig-Holstein ist davon aktuell noch weniger betroffen als andere Bundesländer, allerdings wird die gewünschte Verlagerung von Verkehren auf Busse und Bahnen nur gelingen können, wenn ausreichend Personal für den Verkehrsbetrieb zur Verfügung stehen. Dieses Personal muss langfristig gesichert werden. Einerseits kann dies gelingen durch gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Löhne und gute Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinen, andererseits muss aber auch ausreichend ausgebildet werden. Zudem können erleichterte Bedingungen zum Erwerb des Führerscheins dafür sorgen, dass mehr Menschen als Busfahrer\*in tätig werden. Hierzu zählen insbesondere jüngere Menschen. Während durch Flexibilisierungen aktuell Busfahrer- und Busfahrerinnen später in Rente gehen und länger arbeiten, können sich junge Menschen aufgrund des derzeitigen Mindestalters von 24 Jahren nicht direkt nach dem Schulabschluss für das Busfahren als Beruf entscheiden.

Lukas Kilian  
und Fraktion

Nelly Waldeck  
und Fraktion